

NIW-INFO 2|2013



FORTENTWICKLUNG DES KOMMUNALEN FINANZAUSGLEICHS IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hat sich 2012 das Ziel gesetzt, eine grundlegende Überprüfung und Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs im Dialog mit der kommunalen Ebene durchzuführen und dabei einen konsistenten Finanzausgleich „aus einem Guss“ zu entwickeln. Die Überprüfung der Konsistenz und Sachgerechtigkeit des kommunalen Finanzausgleichs wurde erforderlich, da dieser in Schleswig-Holstein in seinen Grundstrukturen seit Jahrzehnten unverändert geblieben war, sich im Laufe der Zeit aber anlassbezogene Detailregelungen, Veränderungen im Aufgabenbestand sowie regionale Unterschiede in der sozio-ökonomischen Entwicklung ergeben hatten.

Im Frühjahr 2013 wurde das NIW mit der Erstellung eines Gutachtens zur Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein beauftragt. Im Mittelpunkt der Analyse stand ein wichtiger Teilaspekt der horizontalen Verteilung: die sachgerechte Aufteilung der als exogene Größe für Schlüsselzuweisungen zur Verfügung stehenden Mittel auf die verschiedenen Kommunalgruppen (Teilschlüsselmassen) einschließlich der Binnenaufteilung auf die zentralen Orte bei den Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben. Grundsätzlich ist die Dotierung der Teilschlüsselmassen am verfassungsmäßigen Auftrag des kommunalen Finanzausgleichs auszurichten. Dieser besteht darin, die Leistungsfähigkeit der steuerschwachen Gemeinden und Gemeindeverbände zu sichern und eine unterschiedliche Belastung mit Ausgaben möglichst gut auszugleichen. Daher wurde eine aufgabenbezogene Betrachtung der erforderlichen Ausgaben und ihrer

Entwicklung im Zeitverlauf durchgeführt. Der Untersuchungsauftrag umfasste zudem eine Beurteilung, ob die Teilschlüsselmassen weiterhin in einem sogenannten Zwei-Ebenen-Modell nach Kreis- und Gemeindeaufgaben gegliedert sein sollten oder ob auf ein Drei-Säulen-Modell, das nach kommunalen Gruppen unterscheidet (kreisangehörige Gemeinden, kreisfreie Städte, Landkreise), umgestellt werden sollte. Darüber hinaus wurde ein Vorschlag erarbeitet, wie das Aufteilungsverhältnis in Zukunft regelgebunden an Veränderungen im Aufgabenbestand angepasst werden kann.

In der Bestandsaufnahme der Finanzsituation der Kommunen wurde festgestellt, dass die Situation der kreisfreien Städte besonders problematisch ist. Ursache hierfür ist der umfassendere Bestand an Aufgaben, obwohl sie nur wenig mehr Steuereinnahmen als der kreisangehörige Raum erzielen. Die relative Finanzschwäche wird nur teilweise durch den bisherigen Verteilungsmodus für Schlüsselzuweisungen ausgeglichen, so dass es gerechtfertigt erscheint, diese Situation bei der Fortentwicklung des Finanzausgleichs besonders zu beachten. Beim Vergleich verschiedener Konstruktionsprinzipien für die Teilmassenbildung wurde herausgearbeitet, dass für Schleswig-Holstein das Zwei-Ebenen-Modell sowie das bisherige Vorgehen der Verteilung der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben unabhängig von der Einwohnerzahl und der Finanzkraft der zentralen Orte beibehalten werden sollten. Für die Ermittlung der Zuschussbedarfe für den übergemeindlichen Anteil an den kommunalen Aufgaben wurde zunächst eine Liste übergemeindlicher Aufgaben anhand ex-ante formulierter, maßgeblicher Kriterien erstellt. Auf dieser Basis wurden die Zuschussbedarfe für die Aufgaben in Orten mit und

ohne zentralörtliche Einstufung berechnet. Die Berechnung der Aufteilung der Teilmassen kommt im Vergleich zum bisherigen System zu einer Verschiebung der Schlüsselmasse zugunsten der Gemeindeaufgaben und der übergemeindlichen Aufgaben. Innerhalb der Teilmasse für übergemeindliche Aufgaben kommen die zusätzlichen Mittel vor allem den Oberzentren zu Gute. Dies steht im Einklang mit der bereits erwähnten Finanzierungsproblematik der kreisfreien Städte. Aufgrund der höheren Dotierung dieser Teilmasse ergeben sich für die meisten anderen zentralen Orte allerdings keine Verschlechterungen im Vergleich zur aktuellen Situation. Mit dem Abschluss des Gutachtens hat das Innenministerium den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des

kommunalen Finanzausgleichs erstellt, den die Landesregierung in erster Beratung zustimmend zur Kenntnis genommen hat. Das [Gutachten](#) sowie die [Stellungnahme](#) stehen beim Innenministerium Schleswig-Holsteins sowie auf der Homepage des NIW zum Download bereit.

MEHR INFORMATIONEN

PD Dr. Daniel Schiller
Tel. 0511 - 12 33 16-38, schiller@niw.de

Dr. Alexander Cordes
Tel. 0511 - 12 33 16-43, cordes@niw.de

SOZIALE PRÄFERENZEN UND INSTITUTIONELLE UMGEBUNGEN

Als Teilfrage des Forschungsprojekts „Analyse des Bestands und der ökonomischen Bedeutung kognitiver und nicht-kognitiver Fähigkeiten in Sachsen-Anhalt zur Identifikation (bildungs-)politischer Handlungsbedarfe“ (gefördert durch das Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt) wird am NIW untersucht, wie sich die sogenannten sozialen Präferenzen von Menschen entwickeln. Soziale Präferenzen messen die individuellen Einstellungen zu Verteilungen zwischen Menschen, d. h. welcher Grad von (Un-)Gleichheit als gerecht empfunden wird. In der ökonomischen Theorie wird hierbei meist von einem Eigennutzmotiv ausgegangen, das bestimmte Situationen in der Wirklichkeit nur unzureichend erklären kann. Neben dem Eigennutzmotiv haben Menschen auch Einstellungen wie Mitgefühl, Neid oder Fairness. Sie müssen berücksichtigt werden, um Situationen zu erklären, in denen Menschen bereit sind, eigene Mittel für andere bereitzustellen. Beispiele hierfür sind die Bereitschaft zu spenden, Steuern zu zahlen oder Vermögen zu vererben.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist dabei besonders der Umstand wichtig, dass soziale Präferenzen Informationen über Zahlungsbereitschaften innerhalb der Gesellschaft enthalten. Damit die öffentliche Aufgabewahrnehmung trotz einer sinkenden Zahl von Steuerzahlern tragfähig bleibt, sind die staatlichen Organe auf die Zahlungsbereitschaft der Bürger angewiesen. Die Untersuchung zielt deshalb darauf ab, die Einstellungen junger Menschen in Bezug auf Verteilungen innerhalb der Gesellschaft zu analysieren. Außerdem überprüfen wir, ob regionale und institutionelle Gegebenheiten die Zahlungsbereitschaft beeinflussen. Konkret wurde eine experimentelle Erhebung der Zahlungsbereitschaften bei ca. 600 Schülern in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen an zwei unterschiedlichen Schulformen durchgeführt. Hier entscheiden die Schüler über die Aufteilung eines persönlichen Geldbetrags zwischen sich und einer unbekanntem anderen Person (Indikator für Unei-

gennützigkeit) bzw. über die Investition eigener Mittel in eine Anlage, deren Rückflüsse allen Gruppenmitgliedern zu Gute kommen (Indikator für Kooperation). Die Experimentanordnungen zielen darauf ab, typische reale Situationen abzubilden. Im Fall der Uneigennützigkeitsentscheidung wäre dies z. B. die Bereitschaft eigenes Geld zu spenden, im Fall von Kooperation z. B. die Mitarbeit an Stadtteilprojekten, von deren Angebot alle profitieren. Die Stichprobe gerade aus Kindern und Jugendlichen ist wichtig, da sich die sozialen Präferenzen in genau diesem Alter herausbilden und diese Zielgruppe eine wichtige Rolle als zukünftige Erwerbstätige und Steuerzahler spielt. Die Ergebnisse zeigen eine starke Variation im Hinblick auf die institutionelle Umgebung, also die Schulform. Gymnasialschüler verhalten sich häufiger uneigennützig als Realschüler. Dafür sind Gymnasialschüler häufiger „Trittbrettfahrer“, profitieren also von der Kooperation anderer ohne selbst beizutragen, während Realschüler häufiger die sozial (also für alle Gruppenmitglieder) beste Option wählen. Diese Ergebnisse gelten auch, wenn wir Schüler beider Schulformen vergleichen, die sich in Bezug auf wichtige Eigenschaften wie Intelligenz, Persönlichkeit und sozialem Hintergrund ähneln. Das bedeutet, dass die Selektivität der Schullaufbahnentscheidung nicht für die Abweichung in den sozialen Präferenzen verantwortlich ist.

Zentrales Ergebnis ist also, dass institutionelle Einflüsse in der sensiblen Phase der Herausbildung sozialer Präferenzen eine Rolle spielen. In einer abschließenden Erhebung im Januar 2014 soll genauer untersucht werden, ob die Schulform oder die individuelle Schulumgebung der prägende institutionelle Aspekt ist. Daraus ergeben sich auch mögliche Hinweise auf das Zustandekommen der Unterschiede in den sozialen Präferenzen.

MEHR INFORMATIONEN

Prof. Dr. Stephan Thomsen
Tel. 0511 - 12 33 16-32, thomsen@niw.de

Katrin John
Tel. 0511 - 12 33 16-36, john@niw.de

STRUKTURVERÄNDERUNGEN IN AUSGEWÄHLTEN INDUSTRIEBRANCHEN

Für Industriebranchen in Deutschland zeichnen sich vielfältige strukturelle Veränderungen ab. Zum einen stellen globale Megatrends wie Globalisierung, demografischer Wandel, Ressourcenknappheit, Klimawandel, Digitalisierung und Wissensintensivierung die Unternehmen und die Branchenakteure vor große Herausforderungen. Zum anderen gibt es EU-weite und nationale Rahmenbedingungen, die Einfluss auf Branchenentwicklungen nehmen. All dies hat Rückwirkungen auf die Standortverankerung der Unternehmen, die Sicherung der Arbeitsplätze, die Gestaltung der Arbeitsbedingungen sowie für die strategische Arbeit der Träger der Mitbestimmung.

Nicht zuletzt aus diesem Grund haben die Hans Böckler Stiftung und die IG BCE im Jahr 2013 insgesamt sechs Branchenanalysen in Auftrag gegeben, in denen wichtige Entwicklungstrends, Herausforderungen und Perspektiven untersucht werden sollten. Das NIW wurde mit der Erstellung der Studien zur Chemischen Industrie, zur Pharmazeutischen Industrie sowie zur Kautschukindustrie beauftragt. Drei weitere Studien zur Papiererzeugung, zur Glasindustrie und zur Kunststoffverarbeitung wurden vom IMU-Institut in Stuttgart bearbeitet. Zur Informationsgewinnung und -auswertung wurden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden angewendet. Zunächst wurden die branchenbezogenen Wirtschafts- und Beschäftigungsdaten untersucht). Im Anschluss wurden vorliegende Studien, Fachzeitschriften, Unternehmensveröffentlichungen und weitere branchenspezifische Informationen gesichtet und ausgewertet. Darüber hinaus wurden zusätzliche Expertengespräche mit Betriebsräten, dem Management, Gewerkschafts- und Verbandsvertretern geführt. Im Zentrum stand dabei die qualitative Identifizierung von Unternehmensstrategien und Arbeitsbedingungen. Daneben kristallisierten sich auch spezifische Branchentrends und Perspektiven für Betriebe und Beschäftigung, Innovationstrends sowie verallgemeinerbare betriebliche Problemlagen und strukturelle Herausforderungen in den Expertengesprächen heraus. Durch die Teilnahme an Industriegruppenausschuss-Sitzungen der IG BCE wurden ergänzend wesentliche Entwicklungstrends und Herausforderungen in einem breiteren Kreis von Betriebsräten führender Unternehmen der untersuchten Branchen diskutiert.

Die Ergebnisse zeigen, dass einige Trends und Herausforderungen für alle betrachteten Branchen gelten. Darunter fallen vor allem die Globalisierung und die Zunahme des internationalen Wettbewerbs sowie der demografische Wandel (alternde Belegschaften, zunehmender Fachkräftewettbewerb, Wissenstransfer). Zudem gibt es aber auch spezifische Handlungsbedarfe. Ausgewählte Beispiele hierfür sind die Folgenden:

- >> Die *Chemische Industrie* ist besonders energie- und rohstoffabhängig. Deswegen ist die Branche stärker als andere von Unsicherheiten betroffen, die sich aus der Energiewende ergeben (Versorgungssicherheit und Kostenentwicklung). Eine Steigerung der Ressourceneffizienz ist hier besonders wichtig. Gleichzeitig ist die Chemische Industrie ein wichtiger Produzent von Vorprodukten für Energie- und Umweltschutzgüter und profitiert daher von einer steigenden Nachfrage nach diesen Produkten.
- >> Demgegenüber ist die *Pharmaindustrie* besonders forschungsintensiv und in hohem Maße von gesundheitspolitischen Vorgaben und Regelungen abhängig. Im vergangenen Jahrzehnt sind verschiedene Maßnahmen zur Kostensenkung im Gesundheitswesen eingeführt worden, die die Rahmenbedingungen und Entwicklungspotenziale der Branche beeinflussen. Höhere Zulassungsanforderungen sowie eine gestiegene Komplexität der zu behandelnden Krankheiten haben zu einer Verringerung der FuE-Effizienz geführt.
- >> Die *Kautschukindustrie* produziert in erster Linie Vorleistungsgüter für den Automobilbau. Diese starke Abhängigkeit von den strukturellen und konjunkturellen Entwicklungen im Automobilssektor stellt eine wesentliche Herausforderung für die deutsche Kautschukindustrie dar (vor allem für die Sparte der Reifenherstellung). Zudem spielen Rohstoffpreisentwicklungen (Kautschuk) eine wichtige Rolle.

Bei der Auswertung der Ergebnisse lag ein besonderer Schwerpunkt auf den Auswirkungen für die Beschäftigung und der Ableitung von Ansatzpunkten für die Mitbestimmung, eingeordnet in den jeweiligen branchenspezifischen Kontext. Alle sechs Branchenanalysen wurden im Oktober 2013 von der IG BCE (Hrsg. Michael Vassiliadis) im Sammelband „Industriepolitik für den Fortschritt – Herausforderungen und Perspektiven am Beispiel zentraler Branchen der IG BCE“ veröffentlicht. Darüber hinaus stehen die einzelnen Branchenanalysen auf den [Seiten des NIW](#) und des [IMU-Instituts](#) zum Download zur Verfügung.

MEHR INFORMATIONEN

Dr. Birgit Gehrke
Tel. 0511 - 12 33 16-41, gehrke@niw.de

Friederike von Haaren
Tel. 0511 - 12 33 16-42, vonhaaren@niw.de

WORKSHOP // INDIKATORIKSTUDIEN 2014

Am 16. Oktober 2013 fand in den Räumen des Max-Planck-Instituts in München auf Einladung von NIW und der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) der Workshop zur Vorstellung und Diskussion der Zwischenergebnisse der Indikatorikstudien 2014 statt. Die Indikatorikstudien werden von verschiedenen Wirtschaftsforschungsinstituten erstellt. Sie liefern wesentliche Grundlagen für das Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands, das die EFI der Bundesregierung jährlich im Februar vorlegt. Die im Rahmen des Workshops diskutierten Ergebnisse sind entsprechend Teil des kommenden Gutachtens im Jahr 2014.

Die vorgestellten Untersuchungen umfassten die Themen

- >> Forschung und Entwicklung in Staat und Wirtschaft,
- >> Bildung als Grundlage der technologischen Leistungsfähigkeit

- >> Ergebnisse öffentlicher und privater Forschung (Fachpublikationen, Patente)
- >> Unternehmensdynamik in der Wissenswirtschaft
- >> Forschungsintensive Industrien und wissensintensive Dienstleistungen im internationalen Vergleich sowie
- >> Informations- und Kommunikationstechnologien in Deutschland und im internationalen Vergleich.

Teilnehmer des Workshops waren projektverantwortliche Mitarbeiter der sieben beteiligten Forschungsinstitute (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Deutsches Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung, Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen, Wissenschaftsstatistik im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung).

WORKSHOP // ÖKONOMISCHE TRANSFORMATION NACH DEM ARABISCHEN FRÜHLING



Experten aus sechs Ländern haben auf Einladung des NIW in Hannover die Möglichkeiten einer gemeinsamen wissenschaftlichen Analyse der Entwicklungen in der arabischen Welt diskutiert. Im Mittelpunkt stand dabei die Rolle der Institutionen für die industrielle Entwicklung, aber auch die Entwicklung der Beschäftigung.

Der Workshop bildete den Auftakt für die Bildung eines gemeinsamen Konsortiums zur weiteren Bearbeitung des Forschungsvorhabens. Neben Teilnehmern aus Ägypten (American University of Cairo) und Marokko (National Institute of Statistics and Applied Economics, INSEA) haben sich außerdem Wissenschaftler aus anderen Schwellenländern mit einem hohen Anteil muslimischer Bevölkerung (Türkei: Economic Policy Research

Die Teilnehmer des Workshops (v. l. n. r.): Hend Behery (NIW), Puvanesvaran Sanjivee (University of Malaya, Kuala Lumpur), Prof. Dr. Andreas Wagener (Leibniz Universität Hannover), Prof. Dr. Javier Revilla Diez (Leibniz Universität Hannover), Prof. Dr. Lahcen Achy (INSEA Rabat), Prof. Dr. Stephan Thomsen (NIW), Ali Rashed (AUC Kairo), PD Dr. Daniel Schiller (NIW), Javier Albarracín (IEMed Barcelona), Esen Çağlar (TEPAV Ankara)

Foundation of Turkey (TEPAV) und Malaysia: University of Malaya) oder engen Beziehungen in die Region (European Institute of the Mediterranean, IEMed, Spanien) beteiligt. Eingebunden waren überdies Forscher der Leibniz Universität Hannover und des NIW. Gefördert wurde der Workshop am 25. und 26. November 2013 von der Volkswagen Stiftung.

DANIEL SCHILLER FÜR HERAUSRAGENDE WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT AUSGEZEICHNET



Auf dem Deutschen Geographentag 2013, der Anfang Oktober in Passau stattfand, wurde Privatdozent Dr. Daniel Schiller, wissenschaftlicher Mitarbeiter am NIW, von der Prof. Dr. Frithjof Voss Stiftung für

sein bisheriges Gesamtwerk mit dem „Wissenschaftspreis für Humangeographie 2013“ ausgezeichnet. Der Preis wird alle zwei Jahre an einen Nachwuchswissenschaftler bis zum 40. Lebensjahr vergeben, der durch herausragende zukunftsweisende wissenschaftliche oder methodische Leistungen maßgeblich zum Fortschritt und Ansehen der Geographie beigetragen hat.

Schwerpunkte der Forschungstätigkeit von PD Dr. Daniel Schiller sind regionale Innovationsprozesse, Hochschulforschung, öffentliche Finanzen sowie Fragen der Globalisierung, insbesondere in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Der regionale Fokus seiner Arbeit liegt dabei auf dem ost- und südostasiatischen Raum, der Europäischen Union mitsamt ihren Nachbarstaaten sowie auf den Regionen Deutschlands und Niedersachsens. Angewandte

Forschungsprojekte hat er im Auftrag der Weltbank, der Asian Development Bank sowie verschiedener Bundes- und Landesministerien durchgeführt.

In der Laudatio wurde betont, dass Daniel Schiller ein außergewöhnlicher Nachwuchsforscher an der Schwelle zum Hochschullehrer sei. Mit seinen jungen Jahren verfüge er bereits über ein sehr umfangreiches Gesamtwerk an Publikationen in führenden internationalen Fachzeitschriften. „Seine Forschungsarbeiten sind von einem hohen Innovationsgrad gekennzeichnet. Seine Arbeiten zur Bedeutung von immateriellen Vermögenswerten und von informellen Institutionen für Entwicklungsprozesse betreten wissenschaftliches Neuland.“ Darüber hinaus habe er sich auch in der Lehre ein breites Portfolio erarbeitet. Seine Lehrveranstaltungen an den Universitäten Hannover, Göttingen und Halle seien dabei mit hervorragenden Ergebnissen evaluiert worden.

Das Preisgeld möchte Daniel Schiller für seine Forschungsarbeiten zu industriellen Aufwertungsprozessen in Entwicklungs- und Schwellenländern nutzen. „Einigen Regionen in diesen Ländern ist es gelungen, sich durch die Präsenz ausländischer Unternehmen und das Entstehen lokaler Produktionscluster in globale Wertschöpfungsketten zu integrieren“, so Schiller. Hier gehe es nun um die Frage, welche Determinanten für das Gelingen einer qualitativen Aufwertung der industriellen Produktion in Entwicklungs- und Schwellenländern von Bedeutung seien.

NEUE MITARBEITERINNEN AM NIW



M.SC. JESSICA JAPTOK

Jessica Japtok hat Wirtschaftswissenschaften im Bachelor- und Masterprogramm an der Leibniz Universität Hannover studiert. Ihr Master-Studium schloss sie im Oktober 2013 mit einer Arbeit über die Aussagekraft von Assessment-Center-Ergebnissen für die Produktivität im späteren Beruf ab. Seit November 2013 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am NIW beschäftigt. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich der Personalökonomik.



INGA TROSIEN

Seit Oktober 2013 arbeitet Inga Trosien im Sekretariat des NIW. Zu ihrem Tätigkeitsbereich gehören vielfältige Aufgaben in der Verwaltung und Organisation des Instituts.

AKTUELLE VERÖFFENTLICHUNGEN

Carlsson, Sissa und Stephan L. Thomsen (2013): *Unausgeschöpfte Potenziale in der Kita-Platzvergabe – Effizienteres Zuteilungssystem kann freie Plätze schneller besetzen*, niw info spezial 2/2013.

Cordes, Alexander und Daniel Schiller (2013): *Gutachten zur Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs in Schleswig-Holstein*, Gutachten im Auftrag des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein.

Cordes, Alexander und Hendrik Thiel (2013): *Die Region 3+5 im Vergleich der deutschen Automobilregionen*, Indikatorenbericht im Auftrag der Wolfsburg AG.

Gehrke, Birgit und Christian Rammer (2013): *Innovationsindikatoren Chemie 2013*, Studie im Auftrag des Verbands der Chemischen Industrie e.V.

Gehrke, Birgit und Friederike von Haaren (2013): *Die Chemische Industrie, Branchenanalyse*, Gutachten im Auftrag der IG BCE und der Hans-Böckler-Stiftung.

Gehrke, Birgit und Friederike von Haaren (2013): *Die Kautschukindustrie, Branchenanalyse*, Gutachten im Auftrag der IG BCE und der Hans-Böckler-Stiftung.

Gehrke, Birgit und Friederike von Haaren (2013): *Die Pharmazeutische Industrie, Branchenanalyse*, Gutachten im Auftrag der IG BCE und der Hans-Böckler-Stiftung.

John, Katrin und Stephan L. Thomsen (2013): *Environment and Other-Regarding Preferences*, NIW Discussion Paper No. 4.

John, Katrin und Stephan L. Thomsen (2013): *School-Track Environment or Endowment: What Determines Different Other-Regarding Behavior Across Peer Groups?*, NIW Discussion Paper No. 7.

Knabe, Andreas, Steffen Raetzl und Stephan L. Thomsen (2013): *Right-wing extremism and the well-being of immigrants*, *Kyklos*, 66(4), 567-590.

Kulik, Martina, Friederike von Haaren und Stephan L. Thomsen: *Studiengebühren: Kein Effekt auf das Ausgabeverhalten der Studierenden*, niw info spezial 1/2013.

Meyer, Tobias und Stephan L. Thomsen (2013): *How Important is Secondary School Duration for Post-school Education Decisions? Evidence from a Natural Experiment*, NIW Discussion Paper No. 6.

Meyer, Tobias und Stephan L. Thomsen (2013): *Are 12 Years of Schooling Sufficient for Preparation for Tertiary Education? - Evidence from the Reform of Secondary School Duration in Germany*, NIW Discussion Paper No. 8.

Reissmann, Christina und Daniel Schiller (2013): *EFRE-Förderung in Deutschland von 2007 bis 2013 – Schwerpunkt auf Innovationsförderung, aber große Unterschiede bei der Konzentration der Mittel auf einzelne Themenschwerpunkte*, niw info spezial 3/2013.

Revilla Diez, Javier, Daniel Schiller und Susanne Meyer (2013): *Capitalising on Institutional Diversity and Complementary Resources in Cross-Border Metropolitan Regions: The Case of Electronics Firms in Hong Kong and the Pearl River Delta*, in: *Klaesson, Johan, Börje Johansson und Charlie Karlsson (Hrsg.): "Metropolitan Regions Knowledge Infrastructures of the Global Economy"*, Springer, 393-424.

Schiller, Daniel (2013): *An Institutional Perspective on Production and Upgrading. The Electronics Industry in Hong Kong and the Pearl River Delta*, *Megacities and Global Change*, Band 12, Franz Steiner Verlag, Stuttgart.

Liu, Wan-Hsin, Frank Bickenbach, Wenying Fu, Pamela Hartmann, Susanne Meyer, Stefan Ohm, Stefan Hennemann, Daniel Schiller, Frauke Kraas, Ingo Liefner, Javier Revilla Diez, and Rüdiger Soltwedel (2013): *Agile Firm Organisation and Upgrading in the Greater Pearl River Delta*, in: *Kraas, Frauke, Surinder Aggarwal, Martin Coy and Günter Mertins (Hrsg.): "Megacities - Our Global Urban Future"*, Springer, Dordrecht, 121-133.

Thomsen, Stephan L. (2013): *Freiwilligkeit im Spannungsfeld des demographischen Wandels: Ein Rentenanspruch für das Ehrenamt in der Freien Wohlfahrtspflege*, NIW Discussion Paper No. 5.

Van de Velde, Els, Pieterjan Debergh, Arnold Verbeek, Christian Rammer, Katrin Cremers, Paula Schliessler und Birgit Gehrke (2013): *Production and trade in KETs-based products: The EU position in global value chains and specialization patterns within the EU*, Background Study to the European Competitiveness Report 2013.

VORTRÄGE DER MITARBEITER

Cordes, Alexander
The importance of research institutions and universities as a location factor from the firm's perspective – Empirical evidence for Germany, 8th International Seminar: Regional Innovation Policies, San Sebastian, 10.10.2013

John, Katrin
Environment or Endowment: What Determines Different Social Preferences Across Peer Groups?, Jahrestagung der Gesellschaft für experimentelle Wirtschaftsforschung (GfeW), Helmstedt, 02.10.2013

Meyer, Tobias
Are 12 Years of Schooling Sufficient for Preparation for Tertiary Education?, Annual Congress of the European Economic Association (EEA), Göteborg, 28.08.2013

Meyer, Tobias
Are 12 Years of Schooling Sufficient for Preparation for Tertiary Education?, Annual Conference of the European Association of Labour Economists (EALE), Turin, 21.09.2013

Reinhold, Mario
Subnational Population Projections by Age: An Evaluation of Combined Forecast Techniques, 7th International Conference on Population Geographies, Groningen, 28.06.2013

Reinhold, Mario

Subnational Population Projections by Age: An Evaluation of Combining Forecasts, Annual Congress of the European Regional Science Association (ERSA), Palermo, 30.08.2013

Schiller, Daniel

Location Choices of Multinational Companies in Ukraine, Annual Congress of the European Regional Science Association (ERSA), Palermo, 30.08.2013

Schiller, Daniel

Chinesische Sonderwirtschaftszonen in Afrika – regionale Verantwortung einer neuen Spezies der Globalisierung?, Deutscher Geographentag, Passau, 06.10.2013

Schiller, Daniel

Empirische Analyse spezifischer Handlungsbedarfe und Potenziale in der Region Braunschweig, Zukunftskonferenz für die Region Braunschweig, Braunschweig, 23.10.2013

Schiller, Daniel

Empirische Analyse spezifischer Handlungsbedarfe und Potenziale in der Region Lüneburg, Zukunftskonferenz für die Region Lüneburg, Lüneburg, 24.10.2013

Schiller, Daniel

Empirische Analyse spezifischer Handlungsbedarfe und Potenziale in der Region Hildesheim, Zukunftskonferenz für die Region Hildesheim, Hildesheim, 28.10.2013

Schiller, Daniel

Finanzierung der Eingliederungshilfe in den Ländern – Gestaltungsmöglichkeiten im Vergleich, Fachtagung „Organisation, Finanzierung und Steuerung der Sozialhilfeverwaltung“, Loccum, 29.10.2013

Schiller, Daniel

Empirische Analyse spezifischer Handlungsbedarfe und Potenziale für das Südniedersachsen-Programm, Zukunftskonferenz für das Südniedersachsen-Programm, Göttingen, 15.11.2013

Schiller, Daniel

Empirische Analyse spezifischer Handlungsbedarfe und Potenziale in der Region Weser-Ems, Zukunftskonferenz für die Region Weser-Ems, Oldenburg, 20.11.2013

Thiel, Hendrik

An Empirical Investigation of Personality and Poverty Dynamics, Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Düsseldorf, 07.09.2013

Thomsen, Stephan

Schulzeitverkürzung und Doppelabitur: Ergebnisse der Reform in Sachsen-Anhalt, Rotary Club Hannover-Eilenriede, 21.08.2013

Thomsen, Stephan

Schulzeitverkürzung und Doppelabitur: Erwartungen, Effekte und offene Fragen, Landesvorstand des Wirtschaftsrates der CDU in Niedersachsen, Hannover, 27.08.2013

von Haaren, Friederike

Naturalisation and on-the-job training participation of first-generation immigrants in Germany, Statistische Woche, Berlin, 18.09.2013

PRESSESPiegel (AUSWAHL)

Neuer Finanzausgleich: Großstädte sollen gewinnen
Kieler Nachrichten, 05.08.2013

Kiel: Weniger Geld für die Kreise
Hamburger Abendblatt, 07.08.2013

Neuer Finanzausgleich stärkt kommunale Selbstverwaltung
Die Welt, 09.08.2013

Mehr Absolventen in Technikfächern
Der Tagesspiegel, 22.08.2013

NIW erwartet Konjunkturbelebung
Hannoversche Allgemeine Zeitung, 21.08.2013

Bis zum 70. noch mal Krisenmanager
Hannoversche Allgemeine Zeitung, 29.08.2013

Germany's shrinking cities: a view from Salzgitter
The Guardian, 20.09.2013

Verkehrsmministertreffen in Berlin
NDR Fernsehen, 02.10.2013

Gebühr schreckt Studenten nicht
Hannoversche Allgemeine Zeitung, 06.11.2013

Kinder-Castings in Kitas
NDR Fernsehen, 27.11.2013

VORTRÄGE IM NIW-FORSCHUNGSSEMINAR

Dr. Martijn Burger (Erasmus Universiteit Rotterdam)
Regional Subsidies and Greenfield Investments in German Districts
09.07.2013

Sarah Dahmann (DIW Berlin)
The Impact of Education on Personality - Evidence from a German High School Reform
29.10.2013

Dr. Marcus Tamm (RWI Berlin)
Local Employer Competition and Training of Workers
12.11.2013

Prof. Dr. Andreas Knabe (Otto-von-Guericke Universität Magdeburg)
Social Norms, Identity and the Well-Being Cost of Unemployment
03.12.2013

STATEMENT

„WILLKOMMENSKULTUR“: EIN WETTBEWERBSFAKTOR

Sehr geehrte Damen und Herren,



der demografische Wandel und seine Folgen, die Sicherung der Sozialversicherungssysteme sowie der Fachkräftemangel sind nur drei Stichworte, denen gerne mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer verstärkten Zuwanderung nach Deutschland begegnet wird. Dieser Bedarf wird zukünftig noch steigen. Obgleich Deutschland als Wirtschaftsstandort mit dem hohen Beschäftigungsstand und der beachtlichen Produktivität der deutschen Wirtschaft dabei unbestritten attraktiv für viele Menschen aus dem Ausland ist, wird die Konkurrenz zwischen den Ländern, die auf Einwanderung hoffen, zukünftig zunehmen. Eine schrumpfende Bevölkerung ist nämlich kein deutsches Phänomen, sondern trifft zunehmend alle entwickelten und die sich entwickelnden Volkswirtschaften.

Neben der Attraktivität als Wirtschaftsstandort ist daher auch die Attraktivität der Gesellschaft entscheidend, um Einwanderung zu ermöglichen. Hierfür hat sich in den vergangenen Jahren der Begriff der „Willkommenskultur“ herausgebildet. Neben der Teilhabe am Gesellschafts- und Arbeitsleben beschreibt sie die Offenheit und die Toleranz in der Bevölkerung im Umgang mit der neuen Vielfalt.

In einer gerade veröffentlichten Studie haben Andreas Knabe, Steffen Rätzl und ich die Sensibilität von Personen mit Migrationshintergrund im Hinblick auf die Willkommenskultur in Deutschland empirisch untersucht („Right-Wing Extremism and the Well-Being of Immigrants“, *Kyklos*, 66(4), S. 567–590, November 2013).

Die Ergebnisse zeigen eindeutig, dass Personen mit Migrationshintergrund eine deutlich niedrigere Lebenszufriedenheit haben, wenn sie in Regionen leben, in denen die einheimische Bevölkerung stärker fremdenfeindlich eingestellt ist. Dieser negative Effekt wirkt besonders stark auf hochqualifizierte Migranten. In der Folge sinkt die Bereitschaft der Migranten, weiterhin in Deutschland zu bleiben. Dies verdeutlicht, dass nicht die wirtschaftliche Sicherheit allein entscheidend für eine gelungene Zuwanderungs- und Teilhabepolitik ist.

Deutschland wird mehr gut ausgebildete Migranten brauchen, um mit den Folgen des demografischen Wandels umgehen zu können. Eine ausgeprägte Willkommenskultur wird daher zu einem immer wichtigeren Wettbewerbsfaktor. Wie andere Faktoren auch, unterscheidet sie sich regional innerhalb Deutschlands. Die Landesregierung in Niedersachsen hat die Bedeutung erkannt und spricht sich explizit für eine neue Willkommens- und Anerkennungskultur aus (siehe hierzu u. a. die Pressemitteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration vom 25. November 2013). Dass dies kein Lippenbekenntnis ist, zeigt auch die finanzielle Unterlegung der Anstrengungen mit insgesamt rund 80 Millionen Euro in den kommenden Jahren.

Um wettbewerbsfähig zu bleiben, dürfen sich Investitionen nicht auf die technologische Leistungsfähigkeit und Innovationskraft beschränken. Die Investitionen in die Willkommenskultur und die gesellschaftliche Teilhabe sind daher ein Förderprogramm zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen und der deutschen Wirtschaft.

Mit den besten Wünschen,
Ihr

IMPRESSUM

Herausgeber Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (NIW) / Königstraße 53 / 30175 Hannover
Telefon: 0511 12 33 16-30 / Fax: 0511 12 33 16-55 / Mail: newsletter@niw.de / Web: www.niw.de

Direktor und Vorstandsvorsitzender Prof. Dr. Stephan Lothar Thomsen **Vereinsregister** Amtsgericht Hannover VR-Nr. 4774

Bildnachweis NIW, fotolia